

Aktuelle Post aus dem Kreistag (17)



6. September 2018

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Auf dieser Kreistagssitzung boten die Rechten ein skuriles Schauspiel:
Die NPD beantragte die Antifa zu verbieten. Und zu fast jedem Tagesordnungspunkt meldeten sich AfD und NPD zu Wort, um Anträge der Grünen und der Linken grotesk zu kommentieren: Die linken Faschisten dürften nicht durchkommen! Zur Fraktionsvorsitzenden der Linken, Gabi Faulhaber, sagte der NPD-Abgeordnete Lachmann: „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen!“ Sie hatte gegen den rechten Mob Stellung bezogen.

Rückgriff auf die letzte Kreistagssitzung:

Im Sozialausschuss wurde der Antrag der Linken/Piraten für eine Wetterauer Sozialkarte abgelehnt. Unser Antrag, die Hilfen für eine Erstausrüstung der Wohnung wieder heraufzusetzen, wie sie 2012 gewesen sind, wurde auch im Sozialausschuss behandelt. Das Jobcenter behauptete tatsächlich, die Kosten für Möbel seien seit 2012 drastisch gefallen. Deshalb brauche man nur noch die Hälfte zu zahlen. Im Internet gäbe es ganz billige Einrichtungsgegenstände. Sucht man auf e-bay könnte man gebrauchte Möbel zu den angegebenen Preisen finden. Wie aber diese ohne Geld für die Lieferkosten zum Besteller/ zur Bestellerin kommen, darauf antwortete das Jobcenter nicht. Wir hatten recherchiert und keine Möbel zu den angegebenen Preisen gefunden. Jetzt soll die Sozialhilfekommission über den Antrag beraten.

Das sind die Themen dieser Ausgabe:

1. Rücklicht
2. Reaktivierung der Horlofftbahn
3. NPD-Antrag: Extremismus bekämpfen- Antifa verbieten
4. Antrag DIE LINKE: Weihnachtsbeihilfe für Kinder aus hilfebedürftigen Familien
5. Antrag DIE LINKE: Flüchtlingsinitiativen unterstützen
6. Antrag der Grünen: Bereitschaft zur Aufnahme in Not geratener Flüchtlinge

RÜCKLICHT

Die AfD ist keine Partei, wie jede andere

Zum Wahlkampf kommen AfD-Politiker in die Wetterau. In Friedberg und in Altstadt-Lindheim zeigten viele Bürgerinnen und Bürger, dass sie keine blau-braune Hetze wollen. Ein breites Bündnis unterschiedlicher



Organisationen hatte zu den Protesten aufgerufen. Nach Chemnitz ist klar: Demokraten müssen aufstehen gegen rechts. Mit dabei: Die DGB-Jugend und die Linksjugend Wetterau.

Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg!

Der 1. September ist Antikriegstag: Es ist der Jahrestag des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen. Damit begann der Zweite Weltkrieg.



DIE LINKE. Wetterau machte mit einem Infostand in Friedberg darauf aufmerksam, dass der Rüstungsetat fast verdoppelt werden soll: von derzeit 36 Milliarden auf fast 70 Milliarden Euro. Das Geld fehlt dann bei der Gesundheitsversorgung, in der Pflege und in der Bildung.

Reaktivierung der Horloffalbahn

Der Landrat beantragte, dass der Kreistag der Reaktivierung der Horloffalbahn zustimmt. Der Hessische Landtag hatte vor Kurzem diese Wiederbelebung beschlossen. Auch DIE LINKE hat zugestimmt. Wir hatten uns immer gegen die Stilllegung von Bahntrassen ausgesprochen. Jetzt, da das Rhein-Main-Gebiet zunehmend mit Kraftfahrzeugen verstopft ist, setzt sich selbst bei der CDU langsam die Einsicht durch, dass der Schienenverkehr besser ist, als die Blechlawinen.

Die Strecke soll von Wölfersheim-Södel bis Hungen reaktiviert werden. Die Kosten der Planung in Höhe von 450 000 Euro trägt der ZOV (Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe). Es wird davon ausgegangen, dass sich der RMV mit 50% an den Kosten beteiligt. Auch an den Kosten des Ausbaus will sich der Wetteraukreis anteilig beteiligen. Insgesamt wird das Projekt 20 Millionen Euro kosten.

Dieser Antrag wurde angenommen.

NPD-Antrag: Extremismus bekämpfen – Antifa verbieten

Die NPD Wetterau macht offensichtlich gerade einen Lehrgang in Demagogie. Sie sieht die Demokratiefeinde bei Linkskriminellen: „Antifaschisten sind auch Faschisten.“

Das haben wir gesagt:



„Wer nach den Ereignissen von Chemnitz einen solchen Antrag stellt, zeigt überdeutlich, wes Geistes Kind er ist. Dort marschierten Feinde der Demokratie!“

Wenn ein Rechter Mob Menschen durch die Straßen jagt, die nicht deutsch aussehen, wenn mit dem Hitlergruß demonstriert wird, wenn rechte Gewalt in Chemnitz marodiert, dann gehört nicht die Antifa verboten, sondern diese Rechten gehören verboten!

Antrag DIE LINKE: Weihnachtsbeihilfe für Kinder aus bedürftigen Familien

Zum dritten Mal stellten wir einen Antrag, Kindern aus Familien, die Leistungen nach SGB II oder SGB XII beziehen, zu Weihnachten eine Weihnachtsbeihilfe von 50 Euro als Einmalzahlung zu geben. Zum dritten Mal begründete der SPD Abgeordnete Becker aus Nidda dass eine solche Zuwendung die Absicht der Hartz-Gesetze unterlaufen würde.

Diesmal fügte er hinzu: man müsse dann schon die Hartz-Gesetze komplett abschaffen.

Nur zu Herr Becker! Die SPD ist in der Regierung!

So haben wir den Antrag begründet:

„Inzwischen ist die Kinder- und Jugendarmut in Hessen nochmal deutlich angestiegen. Fast ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen in Hessen sind arm, das sind 181.000 unter 18-jährige. Im vergangenen Jahr wurde der Antrag der Linken/Piraten auf eine Weihnachtsbeihilfe für Kinder hier im Wetterauer Kreistag mit dem Einwand abgelehnt, mit dem „Bildungs- und Teilhabepaket“ (BUT) sei das sozio-kulturelle Existenzminimum von hilfebedürftigen Kindern ausreichend gesichert. Abgesehen davon, dass BUT-Leistungen in einem aufwendigen Verfahren beantragt werden müssen,

was viele eigentlich anspruchsberechtigte Eltern davon abhält, darauf zuzugreifen, ist auch höchstens ein Wert von 250 Euro im Jahr als Zuwendung möglich. Und dazu gehört kein Anteil für ein kleines Geschenk zu Weihnachten. Nach wie vor enthält der Regelsatz dafür keinen Cent. (Und nebenbei: für Bildung enthält der Regelsatz monatlich 1,50 Euro!)

In der alten Sozialhilfe gab es eine Weihnachtsszuwendung. Nach der Zusammenlegung der alten Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe wurde die Weihnachtsszuwendung abgeschafft. Einzelne Kommunen haben seither eine einmalige Zahlung als Weihnachtsbeihilfe beschlossen. Seit 1.1.2011 erhalten Harz4-Empfänger/innen kein Geld mehr für einen Mehraufwand an Weihnachten, z.B. einen Weihnachtsbaum. Es wird ein geringer Pauschalbetrag in den Regelsatz eingerechnet.

Die vorgenommene Pauschalisierung von einmaligen Leistungen in einen geringfügig erhöhten Regelsatz ist kein hinreichendes Argument gegen die Zahlung einer Weihnachtsbeihilfe. Mit den bestehenden (Eck-)Regelsätzen in Höhe von 416 Euro pro Monat ist kein Ansparen für einmalige Sonderbedarfe wie das Feiern eines Weihnachtsfestes möglich. Die konkrete Bedarfsermittlung über die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) erlaubt zudem Zweifel daran, dass überhaupt an spezifische Sonderbedarfe wie das Weihnachtsfest gedacht wurde. Kinder von Sozialleistungsbezieherinnen und -bezieher werden damit von üblichen Standards der Gesellschaft abgekoppelt. Die Abschaffung der Weihnachtsbeihilfe steht im Widerspruch zur Bedeutung des Weihnachtsfestes. Weihnachten hat in unserem Land eine hohe gesellschaftliche Bedeutung, als Bestandteil des religiösen Lebens oder zumindest als wichtiges Familienfest. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bedeutet auch, dass man sich kleine Weihnachtsgeschenke oder einen Weihnachtsbaum leisten kann.

Die gut gemeinten und engagierten Wohltätigkeitsveranstaltungen vor Weihnachten können diese Probleme nicht lösen. Mildtätigkeit ist ersetzt soziale Rechte auf Teilhabe nicht.“

Natürlich haben wir vorhergesehen, wie die SPD und auch die anderen Parteien argumentieren werden. Sie haben den Antrag abgelehnt. Dieses Mal haben aber die Grünen zugestimmt.

In unserer Rede haben wir die Argumente vorweggenommen:

„Im vergangenen Jahr haben Sie einen Antrag auf Weihnachtsbeihilfe abgelehnt.

Als Begründung gaben Sie an:

Die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket wären ausreichend für das sozio-kulturelle Existenzminimum von hilfebedürftigen Kindern. Aber Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket gibt es für Weihnachten nicht, meine Damen und Herren – nicht mal für ein Buch!

Für Bildung enthält der Regelsatz bei Hartz4 monatlich 1,50 Euro. Für ein Weihnachtsgeschenk enthält er nichts!

Und zweitens wurde letztes Jahr von der SPD angeführt:

Man dürfe keinen Zuschuss zahlen, weil der Gesetzgeber schließlich einen Hartz4-Satz vorgebe. Das ist ziemlich zynisch, meine Damen und Herren!

Wenn ein Gesetz Kindern ein Weihnachtsgeschenk vorenthält, oder die Eltern zwingt, sich ein Geschenk vom Munde abzusparen, dann sollte man zeigen, wie unsozial dieses Gesetz ist. Dann sollte man Mittel und Wege finden, wenigstens zu Weihnachten mal Nächstenliebe zu zeigen. Wir nennen das Solidarität. Und man sollte als Partei, die „Sozial“ im Namen führt, nicht darauf pochen, dass Armut zementiert ist.

Meine Damen und Herren, es ist weder christlich noch sozial, über die steigende Kinderarmut hinwegzusehen und dafür noch hanebüchene Begründungen zu suchen.

Wir beantragen deshalb erneut, eine Weihnachtsbeihilfe von 50 Euro als Einmalzahlung für jedes Kind aus einer hilfebedürftigen Familie.“

Antrag DIE LINKE: Flüchtlingsinitiativen unterstützen – Ausgleichszahlungen für Projekte

Das Land Hessen hat für ehrenamtliche Flüchtlingshilfe an elf Antragsteller aus der Wetterau 30.000 Euro Fördergeld ausgezahlt. Für ihre Projekte hatten die Antragsteller insgesamt 37.500 Euro beantragt, die nun vom Land nicht in dieser Höhe gewährt wurden. Die Antragsteller hatten Projekte ausgearbeitet und sind bei der Realisierung z.T. in Vorleistung gegangen. Somit sind ihre Kosten nun durch die Fördersumme nicht gedeckt.

Wir haben nun beantragt, dass der Wetteraukreis den betroffenen Kommunen, Vereinen und Initiativen die Differenz zwischen den beantragten Geldern und der Fördersumme in Höhe von insgesamt 7.500 Euro ausgleicht.

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Die Erste Kreisbeigeordnete Becker-Bösch sah keinen Grund zur Ausgleichszahlung durch den Kreis. Die Initiativen seien mit den 30.000 Euro ausreichend gefördert.

Unsere Rede dazu:

„Landauf, landab wird das Ehrenamt in den höchsten Tönen gelobt.

Am 28. Oktober soll das Ehrenamt sogar in die Hessische Verfassung aufgenommen werden.

Der Bedeutung entsprechend, müsste ehrenamtliches Engagement so gefördert werden, dass die Kosten für die Projekte nicht bei den Initiativen hängen bleiben.

Hessen hat – und das finden wir gut – für die Strukturen in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe 30.000 Euro pro Landkreis zur Verfügung gestellt. Dafür mussten die Initiativen ihre Projekte beschreiben und beziffern.

In der Wetterau wurden Mittel in Höhe von 37.500 Euro beantragt. Diese Projekte werden realisiert. Sie können aber aus den Fördermitteln nicht ganz bezahlt werden.

Wir beantragen deshalb, die Arbeit auch seitens des Wetteraukreises anzuerkennen und den Restbetrag von 7.500 Euro zur Verfügung zu stellen.“

Antrag der Grünen: Bereitschaft zur Aufnahme in Not geratener Flüchtlinge

Wir haben diesem Antrag der Grünen zugestimmt. Die Grünen wollten, dass der Wetteraukreis dem Beispiel von Köln, Düsseldorf und Bonn folgt. Diese Städte erklärten sich bereit, Flüchtlinge aufzunehmen, die aus Seenot gerettet wurden. Der Wetteraukreis sollte sich diesem Zeichen der Humanität anschließen.

Das haben wir dazu gesagt:

„DIE LINKE / Piraten unterstützen diesen Antrag der Grünen.

Seit Anfang dieses Jahres sind bereits über 1.500 Menschen auf der Flucht über das Mittelmeer gestorben. Seenotretter werden kriminalisiert und sind angeklagt. Es ist ihnen verboten Menschen zu retten. Das können doch nicht die westlichen Werte sein! Das ist eine moralische Bankrotterklärung!

Menschen auf dem Mittelmeer sterben zu lassen, um Europa weiter abzuschotten und politische Machtkämpfe auszutragen, ist unerträglich und spricht gegen jegliche Humanität.

Wir unterstützen diesen Antrag, weil auch der Wetteraukreis ein Zeichen setzen kann gegen das Sterben im Mittelmeer. Weil im Wetteraukreis Plätze in den Flüchtlingsunterkünften leerstehen, während Flüchtlingen sichere Häfen verweigert werden.

Eine europäische Abschottungspolitik wird sowieso nicht helfen! Denn Flucht wird es solange geben, solange wir Waffen exportieren, Kriege anheizen und keine gerechten Handelsbeziehungen zulassen.

Es ist ein hörbarer Protest, wenn die Wetterau ein sicherer Hafen für Flüchtlinge wird.“

Der Antrag wurde abgelehnt.



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter! Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Peter Zeichner, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber